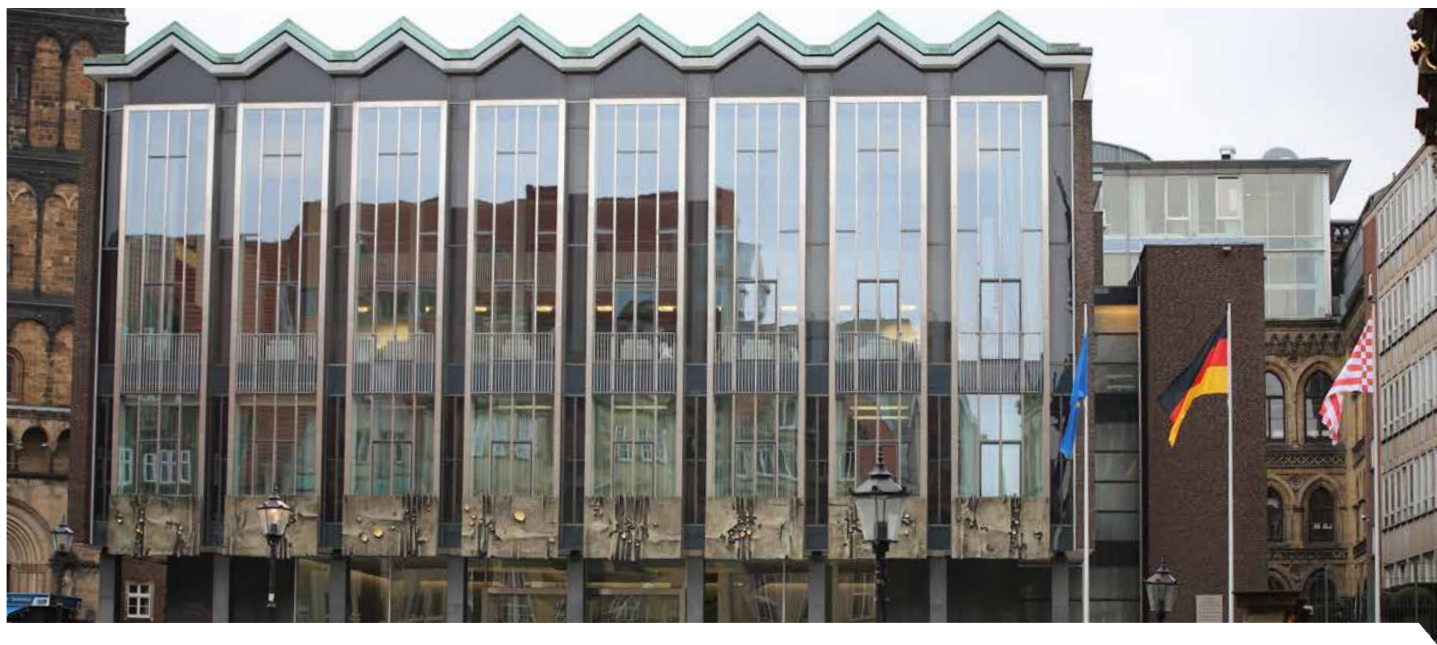


# PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 25. JANUAR 2018



## ANTRAG **ANTISEMITISMUS IM LAND BREMEN ENTSCHLOSSEN BEKÄMPFEN!**

**Anlässlich des Jahrestages der Befreiung des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz am kommenden Sonntagabend bekräftigte die Bremische Bürgerschaft heute nochmals einstimmig ihre klare Haltung im Kampf gegen Antisemitismus. Mit einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, Grünen, CDU, FDP und Linken verurteilte das Parlament dabei jegliche Form von Antisemitismus und setzte sich für eine konsequente Ahndung und Aufarbeitung antisemitischer Straftaten ein.**

Antisemitische Schmierereien an Synagogen, Verwüstungen jüdischer Friedhöfe, Anfeindungen auf der Straße, Übergriffe auf Schulhöfen, Hetze im Netz – all das ist für Jüdinnen und Juden, auch in Bremen und Bremerhaven, zuletzt zunehmend zur Realität geworden. Nur beispielhaft sei in diesem Zusammenhang auf die Hakenkreuz-Schmierereien an der Bremerhavener Synagoge im November 2017 verwiesen. „Vor dem Hintergrund der Shoah, der Entrechtung und der Ermor-



Antje Grotheer

Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau laut und sichtbar gegen Antisemitismus eintreten und uns unserer eigenen Verbrechen erinnern“, erklärte am Rande der heutigen Landtagssitzung Antje Grotheer, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, die Hintergründe des Antrags.

In diesem sprachen sich die Abgeordneten unter anderem dafür aus, dass in Bremen und Bremerhaven jeder Form von Antisemitismus mit allen Mitteln des Rechtsstaates begegnet werden und ein

entsprechendes Verhalten konsequent geahndet werden muss. Dementsprechend sollen antisemitische Straftaten im Verfassungsschutzbericht künftig wieder explizit ausgewiesen und die den Taten zugrundeliegende Motivation der Täter stärker als bisher erfasst werden. Mit dem Ziel der Prävention und Bekämpfung des Antisemitismus bei jungen Menschen, soll darüber hinaus ein umfassendes Handlungskonzept „Stopp den Antisemitismus“ erarbeitet werden.

„Angesichts der deutschen Geschichte ist jede Form von Antisemitismus für uns beschämend und weder hinnehm- noch entschuldbar. Jeder Versuch, die Würde eines Menschen infrage zu stellen oder zu verletzen, stellt das freiheitliche Gemeinwesen unseres Landes insgesamt infrage und kann und darf von uns nicht geduldet werden“, so Grotheer abschließend.

> **Antrag: Antisemitismus im Land Bremen entschlossen bekämpfen**  
[http://tiny.cc/antisemitismus\\_bekaempfen](http://tiny.cc/antisemitismus_bekaempfen)

> **Antrag: Antisemitismus im Land Bremen entschlossen bekämpfen**  
[http://tiny.cc/antisemitismus\\_bekaempfen](http://tiny.cc/antisemitismus_bekaempfen)

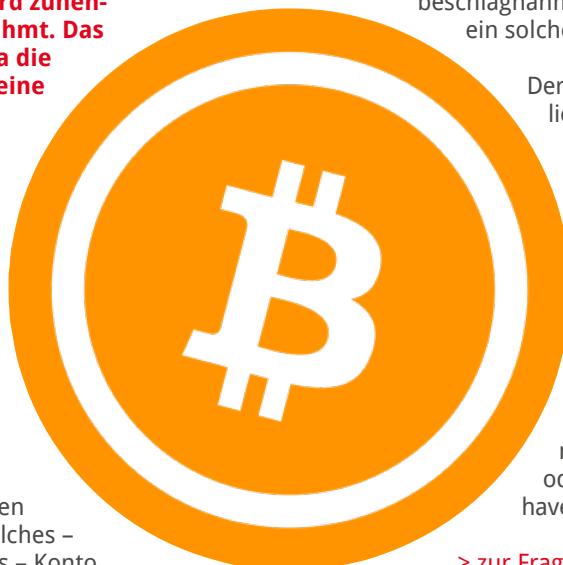
## FRAGE **DIGITALWÄHRUNG BITCOIN – BRAUCHT BREMEN EIN EIGENES KONTO?**

**Im Zusammenhang mit Straftaten wird zunehmend auch digitales Geld beschlagnahmt. Das ist wenig überraschend, ist doch etwa die Kryptowährung Bitcoin mittlerweile eine weit verbreitete digitale Bezahlmethode. Um jedoch Bitcoin-Vermögen beschlagnahmen oder abschöpfen zu können, ist ein sogenanntes Bitcoin Wallet erforderlich.**



Sükür Senkal

Sükür Senkal, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, wollte daher vom Senat wissen, ob die bremischen Behörden ein solches – Wallet genanntes – Konto besitzen, mit dem Bitcoins



beschlagnahmt werden können, und ob Bremen ohne ein solches Konto Einnahmen verloren gehen.

Der Senat antwortete auf die Frage schriftlich, dass derzeit kein entsprechendes Konto durch die Behörden geführt werde. Im Bedarfsfall jedoch könne dank der engen Zusammenarbeit mit Niedersachsen das Bitcoin-Wallet des niedersächsischen Landeskriminalamtes genutzt werden. Hierdurch sei sichergestellt, dass dem Land Bremen keine Einnahmen verloren gingen. Aus diesem Grund sei die Einrichtung eines Bitcoin-Kontos aus derzeitiger Sicht nicht nötig, zumal bisher auch noch keine Bitcoins durch die Staatsanwaltschaft oder die Polizeien in Bremen und Bremerhaven beschlagnahmt worden seien.

> zur Frage: Bitcoin-Konto für Bremen?  
<http://tiny.cc/bitcoinsbremen>

## ANFRAGE **ALTERNATIVEN ZU VORKURSEN IN SCHULEN?**

**Kinder und Jugendliche, die nach Bremen und Bremerhaven zugewandert sind und kein oder kaum Deutsch sprechen, werden derzeit in der Regel in speziellen Vorkursen unterrichtet und dann schrittweise in die Regelklassen integriert. Wie dieses System zu bewerten ist und ob dauerhafte Deutschkurse eine Alternative sein können, wollte die rot-grüne Koalition nun in einer Großen Anfrage vom Senat wissen. Dabei begrüßte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör, in der Debatte, dass angesichts der unterschiedlichen Voraussetzungen und Herausforderungen auch unterschiedliche Modelle unterstützt werden sollen.**

Die Antwort des Senats liefere eine gute Bestandsaufnahme über Vorkurse im allgemeinbildenden und Sprachförderklassen im berufsbildenden Bereich, erklärte der sozialdemokratische Bildungspolitiker in seiner Rede. Die Bewertung dieser Modelle sei aber schwierig. Denn es gebe bundesweit große Unterschiede und es

lägen nicht genügend Erkenntnisse vor, um die Frage, welches Modell am wirksamsten ist, fundiert zu beantworten.

Bremen habe zudem, auch darauf wies Güngör hin, bereits 2014, also vor der großen Anzahl Geflüchteter, die 2015 nach Deutschland kamen, den bundesweit höchsten Anteil zugezogener ausländischer Kinder und Jugendlicher gehabt. Auch für 2016 deute sich ein besonders hoher Anteil neu zugewanderter Kinder an. „Die in der Antwort des Senats enthaltenen Zahlen illustrieren, welche Herausforderungen in den vergangenen Jahren auf die Schulen zugekommen sind – und bewältigt wurden“, sagte Güngör. „Das ist eine beeindruckende Leistung, stellt aber alle daran Beteiligten – die Behörde ebenso wie die Schulen – vor zunehmende Herausforderungen.“

Umso wichtiger sei es, dass die Verteilung von Vorkursen auf die Schulstandorte gleichmäßig erfolge, betonte Güngör. Er räumte ein, dass es dabei Schwierigkeiten



Mustafa Güngör

gebe, da der Schullort eben auch vom Wohnort der Kinder abhängt – und gerade Grundschülerinnen und Grundschüler möglichst nah an ihrem Wohnort zur Schule gehen sollten. Dass die Grundschulen in

den besser gestellten Stadtteilen oftmals keinen Vorkurs hätten, halte er dennoch für bedenklich, sagte Güngör und betonte abschließend: „Wichtig ist uns Sozialdemokraten, dass die Herausforderungen so fair wie möglich verteilt werden und besonders belastete Schulstandorte auch besonders unterstützt werden.“

> Zur Antwort auf die Große Anfrage  
<http://tiny.cc/deutschkurse>

## FRAGESTUNDE **WIE WIRD DAS PFLEGESTELLEN-FÖRDERPROGRAMM ANGENOMMEN?**

**Wie wird das Pflegestellen-Förderprogramm, das in erster Linie durch die Krankenkassen finanziert wird, durch die Bremer Kliniken angenommen? Und wie können die Zahlen weiter verbessert werden? Das wollte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Steffi Dehne, heute in der Fragestunde wissen.**

Gesundheitsstaatsrat Gerd-Rüdiger Kück antwortete für den Senat, dass sieben



Steffi Dehne

Kliniken in den Verhandlungen einen Pflegestellenzuschlag vereinbart hätten, davon hätten vier diesen Zuschlag auch in Anspruch genommen. Damit sei das Potenzial 2016 noch nicht

ausgeschöpft worden, für 2017 zeichne sich aber ein positiver Trend ab. Das könne auch daran liegen, dass der Senat die Krankenhäuser in dieser Hinsicht ermutigt habe, sagte Kück auf Dehnes Nachfrage hin und räumte ein, dass die Handlungsmöglichkeiten der Regierung ansonsten begrenzt seien. Auf Bitten Dehnes sagte der Staatsrat zudem zu, der Gesundheitsdeputation die Zahlen für das Jahr 2017 zu präsentieren, wenn diese vorliegen.

## ANTRAG

## KAFFEE GENIESSEN – MÜLL VERMEIDEN!

Einwegbecher sind ein großes Problem für die Umwelt, denn sie verursachen eine Menge Müll. Müll, der vermeidbar ist, wie die Fraktionen von SPD und Grünen finden. In einem heute von der Bürgerschaft beschlossenen Antrag fordern sie den Senat daher auf, mit Handels- und Umweltverbänden ein Konzept für ein Mehrwegbechersystem für Bremen zu entwickeln, und sich auf Bundesebene für die Einführung eines deutschlandweit einheitlichen Systems einzusetzen.

Es geht schnell, es erscheint praktisch, und für den Einzelnen erscheint es zunächst unproblematisch: Pappbecher mit Plastikdeckel für den Kaffee unterwegs. Doch die schiere Masse macht den Gebrauch dieser Becher zum Problem. Die Verbraucherzentralen haben ausgerechnet: In Deutschland werden pro Kopf und Jahr 130 solcher Becher benutzt. Das entspricht deutschlandweit 320.000



Jens Crueger

Bechern in der Stunde – und 2,8 Milliarden Becher im Jahr. Eine ungeheure Menge, gerade wenn man bedenkt, dass diese Becher nur kurz benutzt und dann weggeworfen werden.



„Kaffeebecher aus beschichteter Pappe sind vermeidbarer Müll“, sagt der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jens Crueger. „Wir können hier etwas Gutes für die Umwelt tun, ohne auf Lebensqualität verzichten zu müssen.“

SPD und Grüne haben daher heute einen Antrag in der Bürgerschaft verabschiedet,

der ein Mehrwegbechersystem mit einem flexiblen Pfand- und Rückgabesystem zum Ziel hat. „Wenn Becher mehrmals benutzt werden, kann damit der Müll deutlich reduziert werden“, erklärt Crueger. Der Senat soll dazu nun mit Handels- und Umweltverbänden ein Konzept entwickeln. Und er soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass es in Deutschland perspektivisch ein einheitliches Mehrwegsystem gibt.

„Das Problem ist auch in anderen Städten erkannt worden“, erläutert Crueger, „in anderen Kommunen hat es bereits Versuche mit einem Mehrwegsystem gegeben. Nun wollen wir uns auch in Bremen auf den Weg machen. Die studentische Initiative ‚cup2date‘, die einen nachhaltigen Becher entwickelt hat, ist beispielsweise ein tolles Projekt, das wir ganz genau beobachten und das vielleicht schon die Lösung für Bremen sein kann. Aber klar ist: Wir befinden uns in einem Wettbewerb der Ideen. Am Ende werden sich die besten Systeme und Konzepte durchsetzen. Als Politik ist es unsere Aufgabe – so wie mit unserem heutigen Antrag – das Ziel vorzugeben und nicht den konkreten Weg dahin.“

>Antrag: Kaffee genießen, Müll vermeiden – umweltfreundliches Mehrwegsystem für Getränkebecher einführen!  
<http://tiny.cc/mehrwegbecher>

## FRAGESTUNDE

## GESUNDHEITSGEFÄHRDUNG IN BREMENS SHISHA-BARS?

In Bremerhaven haben mehrere Besucher einer Shisha-Bar eine Kohlenmonoxid-Vergiftung erlitten. Holger Welt, örtlicher SPD-Abgeordneter, wollte deshalb vom Senat wissen, wie es zu diesem Vorfall kommen konnte. Auch wollte er wissen, welche Voraussetzungen Shisha-Bars gegenwärtig erfüllen müssen, um eine bau- und gaststättenrechtliche Erlaubnis zu erhalten, wie diese Bedingungen überprüft werden und ob der Senat die derzeitigen rechtlichen Vorgaben für ausreichend hält.

In seiner schriftlichen Antwort erklärte der Senat, dass die anwesenden Gäste im konkreten Bremerhavener Fall über Unwohlsein und Übelkeit geklagt hätten. Als dann Beamte der Polizei und der Feuerwehr das Lokal betreten hätten, hätten ihre Kohlenmonoxid-Melder einen ersten Hinweis auf eine überhöhte Rauchgaskonzentration gegeben. Nach ersten Untersuchungen seien dann Mängel an der Be- und Entlüftungsanlage sowie hinsichtlich der Hygiene-, Gewerbenutzungs- und Brandschutzvorschriften festgestellt

worden. Seitdem dürften die Räume nicht mehr als Shisha-Bar genutzt werden. Da die Kriminalpolizei noch ermittle, könne der Senat noch keine endgültige Aussage zu der Ursache des Vorfalls machen.

Er erläuterte in seiner Antwort zudem, dass Shisha-Bars Gaststätten mit einer besonderen Betriebsform seien. Verfügt sie über einen sogenannten Vorglühofen, müssten sie bestimmte Anforderungen beachten. Eine solche Feuerstätte dürfe nach der gesetzlichen Regelung erst dann in Betrieb genommen werden, wenn der zuständige



Holger Welt

Bezirksschornsteinfeger die Tauglichkeit und sichere Benutzbarkeit der Abgasanlagen bescheinigt habe. Der Senat wies aber auch darauf hin, dass es lediglich bei Gaststätten mit mehr als 40 Sitzplätzen

möglich sei, ein Gutachten zum Nachweis der ausreichenden Leistungsfähigkeit der Lüftungsanlage zu verlangen. Bei Lokalen mit weniger Plätzen sei der Betreiber selbst dafür verantwortlich, dass die Vorschriften eingehalten würden.

Verbesserungsmöglichkeiten sieht der Senat in seiner Antwort bei den gesetzlichen Regelungen. Die Anwendung des Baurecht sei hier aber mitunter problematisch. Erwogen werde aber, ob – auch im Sinne des Gesundheitsschutzes – im Nichtraucherschutzgesetz einschränkende Regelungen getroffen werden könnten. Geprüft werden soll hier laut Senat, ob neben erhöhten Anforderungen an die Raumluftqualität sowie die Leistungsfähigkeit der Lüftungsanlagen auch eine Verpflichtung zum Einbau von Kohlenmonoxid-Warnmeldern geeignet wäre, die Sicherheit in Shisha-Bars zu erhöhen.

Zur Frage:  
<http://tiny.cc/vergiftung-in-shisha-bar>